



Herrn Ministerpräsident
 Armin Laschet
 Stadttor 1

40219 Düsseldorf

29. Januar 2018

**Kein Koalitionsvertrag ohne verbindlichen Klimaschutz!
 Politik muss gestalten, nicht delegieren**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Verhandlungen der nächsten Wochen werden darüber entscheiden, ob Deutschland seine nationalen und internationalen Verpflichtungen im Klimaschutz einhält oder nicht. Die Folgen des Klimawandels werden insbesondere in armen Ländern, aber zunehmend auch in Industriestaaten spürbar. Zugleich erzeugt Stillstand beim Klimaschutz große volkswirtschaftliche Kosten und verhindert die klimafreundliche Modernisierung unserer Wirtschaft.

Es kommt jetzt darauf an, dass die Politik ihren Gestaltungsauftrag erfüllt und einen klaren Rahmen setzt. Im Sondierungspapier von CDU, CSU und SPD fehlen weitgehend konkrete Maßnahmen, mit denen die Klimaschutzziele für 2020 und 2030 erreicht werden können. Wichtige Entscheidungen sollen vertagt und in eine Kommission verschoben werden. So sinnvoll gesamtgesellschaftlich getragene Kommissionen sein können, sie können die politischen Entscheidungen nicht ersetzen.

Mit 47 Organisationen und Dachverbänden aus den Bereichen Entwicklung, Kirche, Umwelt- und Verbraucherschutz stehen wir für breite Teile der Zivilgesellschaft. Für die Koalitionsverhandlungen sehen wir noch erheblichen Bedarf zur Nachbesserung.

Damit Deutschland klimapolitisch glaubwürdig bleibt, gilt es aus unserer Sicht folgende Punkte im Koalitionsvertrag zu verankern:

- Die neue Regierung muss umgehend ein Paket mit klimapolitischen Sofortmaßnahmen auf den Weg bringen, mit denen Deutschland das 40-Prozent-Ziel bis 2020 erreicht. Derzeit haben wir die Treibhausgase erst um 28 Prozent reduziert. Es gilt, eine Lücke von 156 Millionen Tonnen zu schließen. Ein Verlagern dieser zentralen Aufgabe in eine Kommission führt dazu, dass das Klimaziel in immer weitere Ferne rückt.
- Mit einem raschen Einstieg in den Kohleausstieg kann das Klimaschutzziel noch erreicht werden. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen fordert, im Zeitraum bis 2020 die ältesten, ineffizientesten und CO₂-intensivsten Kohlekraftwerke stillzulegen. Dies muss Teil der Sofortmaßnahmen sein. Der vollständige Kohleausstieg sollte im Einklang mit dem völkerrechtlich verbindlichen Klimaabkommen von Paris, den deutschen Klimazielen und den Sektorzielen des *Klimaschutzplans 2050* erfolgen.
- Die Arbeit der Koalition und der Kommissionen zum Strom-, Verkehrs- und Bausektor muss auf ein energie- und klimapolitisches Gesetzespaket zielen, das von Bundestag und Bundesrat verabschiedet wird. Insbesondere der Verkehr muss endlich zum Klimaschutz beitragen. Dafür braucht es eine enge Verzahnung der Kommissionen mit dem *Klimaschutzplan 2050*, der vorsieht, dass die Ressorts bis März 2018 Maßnahmen erarbeiten. Diese Maßnahmen sollten die Grundlage der Kommissionen sein, die diese bis Oktober 2018 weiterentwickeln. Der Rahmen sind die Sektorziele im *Klimaschutzplan 2050*.
- Für die nächste Phase der Energiewende braucht es eine Anpassung der finanziellen Rahmenbedingungen. Für eine umfassende Vernetzung der Sektoren Energie, Mobilität, Gebäude und Industrie sowie für eine Steigerung der Energieeffizienz bedarf es einer aufkommensneutralen Neufassung der Steuern und Abgaben. Strom muss dabei entlastet und fossile Verbräuche an ihre realen Umweltkosten angepasst werden. Klimabezogene Berichtspflichten für die Unternehmen müssen dem Finanzsektor erlauben, seine Hebelwirkung für den Klimaschutz einzusetzen. Zur Umsetzung des Paris-Abkommens muss Deutschland zudem seinen fairen Beitrag zur Klimafinanzierung leisten, über den bisher für 2020 geplanten Anstieg hinaus.
- Deutschland hat sich in Paris verpflichtet, die globale Erwärmung auf deutlich unter zwei, wenn möglich 1,5 Grad zu begrenzen. Das langfristige deutsche Klimaschutzziel für 2050 von minus 80 bis 95 Prozent muss daher auf 95 Prozent Reduktion festgeschrieben werden.

Wir bitten Sie, im Rahmen der Koalitionsverhandlungen diese notwendigen Präzisierungen vorzunehmen. Eine neue große Koalition steht in der Pflicht, die klimapolitischen Notwendigkeiten rasch und entschieden anzugehen.

Mit freundlichen Grüßen

Die unterzeichnenden Verbände

Dieses Schreiben geht zeitgleich an die Parteispitzen und Verhandelnden von CDU, CSU, SPD.
Kontakt: Klima-Allianz Deutschland, Invalidenstraße 35, 10115 Berlin, stefanie.langkamp@klima-allianz.de